

NPD-Fraktion Eisenach | Postfach 10 16 39 | 99817 Eisenach

An: Oberbürgermeister der Stadt
Eisenach
- Herrn Matthias Dohr -

NPD-Stadtratsfraktion Eisenach

Geschäftsstelle
Postfach 10 16 39
99817 Eisenach

Es schreibt Ihnen
Patrick Wieschke
Fraktionsvorsitzender

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, unsere Nachricht vom
pw

Datum
02.08.2009

Antrag der NPD-Fraktion

zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Eisenach

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Der § 16a „Ausländerbeauftragter“ erhält folgende neue Fassung:

§ 16a „Ausländerrückführungsbeauftragter“

Absatz 1 erhält folgenden Satz 4:

Der Rechenschaftsbericht des Ausländerrückführungsbeauftragten soll besonders darüber detaillierten Aufschluß geben, inwieweit hier lebende Ausländer Angebote der Stadt wahrnehmen und eigeninitiiert an der Verbesserung des Zusammenlebens zwischen Deutschen und Ausländern mitwirken. Bestandteil des Rechenschaftsberichts muß eine statistische Auswertung der Sprechstunde des Ausländerrückführungsbeauftragten sein.

Nach Satz 2 in Abs. 2 wird folgendes eingefügt:

Der Ausländerrückführungsbeauftragte fördert den Erhalt von Kultur, Sprache und Identität der in Eisenach lebenden Ausländer mit dem Ziel, den ausländischen Menschen eine Rückkehr in ihrer Heimatländer zu erleichtern. Der Ausländerrückführungsbeauftragte ist dafür zuständig, hier lebende Ausländer zur Rückkehr in ihre Heimatländer zu animieren.

Im gesamten § 16a wird der Ausländerbeauftragte dann Ausländerrückführungsbeauftragter heißen.

Begründung:

Mit der Änderung im Abs. 1 des § 16a der Hauptsatzung soll den Stadträten ein reeller Blick auf die Ergebnisse der kommunalen Integrationsbemühungen ermöglicht werden. Es ist davon auszugehen, daß das Gros der in Eisenach lebenden Nichtdeutschen, hauptsächlich Nichteuropäer, kein Interesse daran hat, sich in Deutschland zu integrieren. Das ist vor allem deshalb nachvollziehbar, weil mit Integration und Assimilation eine Preisgabe der eigenen Identität verbunden ist, was schlicht unmenschlich ist. Es muß für den Stadtrat anhand konkreter Fakten statt subjektiver Einschätzungen einer Einzelperson nachvollziehbar werden, welche Ergebnisse durch die Arbeit mit den Ausländern erzielt werden. Die Änderungen im Abs. 2 sind notwendig, um eine Überfremdung unserer Wartburgstadt zu verhindern. Die grausamen westdeutschen Zustände sollen in unserer Heimatstadt keine Realität werden. Die hier lebenden Ausländer, die gleichsam mit uns Deutschen Opfer einer verfehlten Ausländerpolitik sind, sollen Sprache, Kultur und Identität behalten. Heimweh und medial erzeugte Angst vor Gewalt sollten durch aktive Rückkehrhilfe seitens der Stadt beseitigt werden. Ausländern die nicht zurückkehren wollen, ist in Gesprächen, die der Ausländerrückführungsbeauftragte suchen muß, zu verdeutlichen, daß Deutschland das Land der Deutschen ist und künftig auch bleiben soll.

Für die Fraktion: Patrick Wieschke